

Bericht und Abänderungsantrag

des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 595) betreffend verpflichtende DNA-Proben, Tuberkulose-, Hepatitis B- und HIV-Tests für Asylwerber (Zahl 22 - 431) (Beilage 721).

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend verpflichtende DNA-Proben, Tuberkulose-, Hepatitis B- und HIV-Tests für Asylwerber, in ihrer 09. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 28. April 2021, beraten.

Landtagsabgeordneter Johann Tschürtz wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Johann Tschürtz den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen EntschlieÙungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Rita Stenger, BEd stellte diese einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Rita Stenger, BEd gestellte Abänderungsantrag mehrheitlich (SPÖ und ÖVP gegen FPÖ) angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend verpflichtende DNA-Proben, Tuberkulose-, Hepatitis B- und HIV-Tests für Asylwerber, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Rita Stenger, BEd beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 28. April 2021

Der Berichterstatter:

Johann Tschürtz eh.

Der Obmann-Stellvertreter des
Rechtsausschusses als Vorsitzender
der gemeinsamen Sitzung:
Robert Hergovich eh.

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 28. April 2021

Abänderungsantrag

der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Ewald Schneckner, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag, 22 – 431, welcher abgeändert wird wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend mehr Einsatzkräfte für die „grüne Grenze“ im Burgenland

Derzeit kommen jährlich knapp 15.000 asylsuchende Personen nach Österreich. Aufgrund der langen Staatsgrenze gehört das Burgenland regelmäßig zu den Bundesländern mit den höchsten Aufgriffszahlen an Grenzübertritten in Österreich. Diese grenzpolizeilichen Kontrollen werden seitens der Polizei mithilfe eines Assistenzeinsatzes des Bundesheers durchgeführt. Derzeit unterstützen 550 SoldatInnen und Soldaten die derzeit 400 Polizistinnen und Polizisten bei Ihrem Einsatz an Burgenlands Grenzen. Im Jahr 2020 wurden seitens der Einsatzkräfte 107 Schlepper aufgegriffen im Jahr 2021 waren es bis jetzt bereits 44 (Stand Ende April).

Die gemeinsamen Grenzkontrollen durch Polizei und Bundesheer haben sich im Burgenland bewährt und finden auch eine breite Akzeptanz in der burgenländischen Bevölkerung. Im Rahmen des sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatzes leistet das Bundesheer im Burgenland wertvolle Arbeit durch Überwachung der grünen Grenze, Identitätsfeststellungen und Durchführung von Kfz-Kontrollen. Die Soldatinnen und Soldaten unterstützen dabei als Organe der öffentlichen Sicherheit die Polizei bei den sogenannten Ausgleichsmaßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlings- und Migrationslage. Der Burgenländische Landtag spricht sich daher für eine Weiterführung des Assistenzeinsatzes aus.

Zusätzlich unterstützen die Soldatinnen und Soldaten des Bundesheers auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksverwaltungsbehörden den gesundheitsbehördlichen Grenzkontrollen, die aufgrund der Covid-19-Pandemie bei der Einreise durchzuführen sind. Seit den coronabedingten Verschärfungen wurden über acht Mio (Stand Ende 2020) gesundheitsbehördliche Grenzkontrollen an Burgenlands Grenzen durchgeführt.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Kapazitäten für Kontrollen der Polizei und des Bundesheeres an den Grenzübergängen, der „grünen Grenze“ sowie im grenznahen Bereich im Burgenland erhöht werden.